

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 59.

Paderborn, 17. May

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Ernennungen des Erzherzog Reichsverwesers); Berlin (die deutsche Minister-Conferenz; das neue Wahlgesetz; Sendung von Truppen nach Westphalen); Frankfurt (Beschlüsse der Reichsversammlung, Blittersdorf; das Militär in der Pfalz); Brilon (der Abgeordnete Gierse; Unruhen in Iserlohn); Kassel (die Deputationen an mehreren Städten); Königstein (Ansprache des Königs der Sachsen).
Der Krieg in Schleswig-Holstein.
Frankreich. Paris (die Oesterreicher, die Proklamation des Papstes).
Holland. Amsterdam (König Wilhelm III. feierlicher Einzug und geleisteter Eid).
England. London (die Intervention).
Italien. Depesche des General Dubinet an die französische Regierung).
Paderborn (Ausmarsch des Militärs).
Vermischtes.

Deutschland.

Frankfurt, 8. Mai.

Der Erzherzog Reichsverweser hat unterm 11. d. Mts. ernannt:

1. Zum Kapitan zur See:

Johann Otto Donner, bisherigen Fregattenkapitan in Schleswig-Holsteinischen Diensten.

2. Zu Hülfsoffizieren:

1. Heinrich Friedrich Andreas Poppe, 2. Johann Wilhelm Janssen, 3. Peter Ludwig Sadewasser, 4. Johann Christian Göde, 5. Heinrich L. Biffer, 6. C. W. Heinrich Gries, 7. Bernard Friedrich Paulsen, 8. Albert Jacobsen, 9. Vincent Sommer, 10. W. L. Alfred Behrens.

3. Zu Schiffsfähnrichen:

1. Georg Philipp Thaulow, 2. Charles Louis Henri Matthieu, 3. Andreas Karl Heinrich Alkenfeld, 4. Ludwig Heinrich Fir, 5. Arend Fokkes, 6. Wilhelm Kropp, 7. Leopold M. Müller, 8. Johann Lübbers.

Frankfurt, den 16. April 1849.

Reichsministerium des Handels; Abtheilung für die Marine.

Der interimistische Minister Duckwitz.

Der Erzherzog Reichsverweser hat unterm 8. d. M. ernannt:

1. Zu Lieutenants zweiter Klasse:

1. Johann Berend Wieting, 2. Johann Holst, bisherigen Hülfs-offizier, 3. Joseph William Higgs.

2. Zu Hülfsoffizieren:

1. Johann Friedrich Raschen, 2. Friedrich Müller, 3. Reinhold Werner, 4. C. E. Albrecht, 5. Wilhelm Adriansen.

3. Zu Schiffsfähnrichen:

1. Paul Tichy, 2. G. F. Schürmann, 3. Wilhelm Cattermole, 4. H. Reynaber.

4. Zum Zahlmeister zweiter Klasse:

Karl Seidensticker.

Frankfurt, den 9. Mai 1849.

Reichsministerium des Handels; Abtheilung für die Marine.

Der interimistische Minister Duckwitz.

* **Berlin**, 12. Mai. Mit dem heutigen Tage sollten die eigentlichen Verhandlungen der Deutschen Minister-Conferenz, die bis jetzt nur von vier Regierungen besetzt ist, beginnen. Das Ausbleiben des Herrn v. Beust, so wie der Stand der Vorverhandlungen unter den königlichen Bevollmächtigten, haben jedoch, wie von guter Hand versichert wird, die erste offizielle Zusammenkunft noch hinausgeschoben. Soweit über die Vorverhandlungen etwas verlautet, scheint der Hanoversche Bevollmächtigte Herr Stüve derjenige zu sein, der noch eine Verständigung mit Frankfurt möglich hält und diese anzubahnen sucht. — Die sächsischen Herzogthümer wie Anhalt haben erklärt, daß für sie keine Veranlassung vorläge, den von der preussischen Regierung ge-

wünschten Kongreß zu beschicken. Ist schon dieser Erklärung kleiner Norddeutschen Staaten eine gewisse Wichtigkeit beizulegen, so ist dies zweifelsohne noch mehr der Fall, wenn es sich bestätigt, (und die Quelle dieser Mittheilung ist so lauter, daß wir daran nicht zweifeln), daß die Regierungen von Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Württemberg und Baden hierher eine gleiche Erklärung abgegeben und ihr Festhalten an der Reichsverfassung ausgesprochen haben. Diese entschiedene Erklärung eines Theils der Regierung größerer Deutscher Staaten mußte auch auf die hiesige Politik ihren Einfluß ausüben. So scheint denn wirklich im preussischen Kabinet die Idee eines engeren Bundesstaats, der entstehen soll durch den freiwilligen Anschluß der kleinern Norddeutschen Staaten an Preußen, ein bedeutendes Gewicht erlangt zu haben. Hatten auch schon zahlreiche preussische Noten die Gründung eines solchen engeren Bundesstaates als etwas, durch möglicher Weise eintretende Umstände, Gebotenes dargestellt, so ist doch als ziemlich gewiß anzunehmen, daß man noch bis jetzt in die neueste Zeit an der Realisirung der Idee eines weitem Bundesstaates arbeitete. Das Auftreten der Süddeutschen Regierungen — mit Ausnahme Baierns — giebt der Sache aber eine andere Wendung. Preußen selbst sprach sich bis jetzt in allen offiziellen Aktenstücken für das Zustimmungsbrecht aller Deutschen Regierungen aus; mit Recht wendet eine Süddeutsche Regierung daher jetzt gegen den Kongreß Deutscher Regierungsbevollmächtigter in Berlin ein, daß dreißig Deutsche Regierungen bereits der Frankfurter Verfassung ihre Zustimmung und Anerkennung erteilt hätten; es gäbe keinen Rechtsgrund, auf welchen hin vier königliche Regierungen es über sich nehmen könnten auch für die übrigen Staaten eine Bundesverfassung ins Leben rufen zu wollen. In dem betreffenden Aktenstücke wird ferner darauf hingewiesen, wie man ein solches Recht doch nicht etwa aus dem Königstitel und dem größern Gebietsumfange herleiten wolle; der Titel gewähre keine besondere Rechte, es sei denn, daß man auf die früheren Rechte der Kurfürsten zurückkommen wolle, dann aber gebe es noch andere Fürsten, die auch im alten Deutschen Reiche jene Würde bekleidet hätten, der größere Gebietsumfang gebe aber kein anderes Recht als das des Stärkeren. In den Hof- und höheren Beamtenkreisen hat die Bewegung, die in den meisten Landestheilen herrscht, nicht überrascht, wohl aber die in Westphalen und den angrenzenden Distrikten des Rheinlands sich kundgebende. — Am erstauntesten ist man über das Wuppertal. — In Posen, wo bei dem Vorrücken der Magyaren in Oestreich und nach den Unruhen in allen Theilen Deutschlands ein Aufstand allgemein erwartet wurde, ist wenigstens von Seiten der Polen Alles ruhig. Die Kundgebungen der Deutschen gegen die Regierung sind auch ein Beweis dafür, daß an Ort und Stelle die Besorgniß, die man in Berlin in Betreff der polnischen Bevölkerung des Großherzogthums hegte, nicht getheilt wird. — Das Wahlgesetz wird, wie man versichert, heut oder morgen durch den „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht werden. Die wesentlichen Bestimmungen gehen dem Vernehmen nach dahin: daß alle bisherigen Urwähler auch ferner an der Wahl Theil nehmen; die Wähler werden nach den mehrfach erwähnten drei Steuerklassen gesondert. In der ersten Klasse ist die bevorstehenden Wahlen ist hier eine Abstimmungsliste aus den stenographischen Berichten der zweiten Kammer erschienen, welche die Vota aller Abgeordneten, die nach Provinzen und Wahlkreisen geordnet sind, in Betreff aller zur Verhandlung gekommenen wichtigen Fragen angibt.

Berlin, 12. Mai. Das neue Wahlgesetz macht große Mühe; Geßten wurde noch darüber verhandelt, ob die Klassensteuer allein oder alle Staatssteuern bei der Normirung der drei Klassen zum Grunde zu legen seien. Ich glaube, man entscheidet sich heute zu Gunsten der ersten Annahme. — Die Erklärung des Wortes „selbstständig“ in der Verfassung soll glücklicherweise auch aufgegeben sein. — Alle deutschen Königreiche, mit Ausnahme von Württemberg, sind bereits beim hiesigen Kongreß vertreten und sollen die Verhandlungen bereits im vollen